

Übersicht KW-Stellenanträge für 2022

Id.Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereich
92	KW-Wegfall	III	Amt für Brand und Katastrophenschutz	Sachgebiet 37/3 - Verwaltung, Zivil- und Katastrophenschutz, Untere Rettungsbehörde Funktion Sachbearbeitung allgemeine Verwaltung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 37159 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit EG 8 Kosten (Antrag) in € 57250 Kosten (Orga) in € 57250 Einnahmen lt. Antrag 270000 Art der Einnahme Gebühreneinnahmen	Allgemeine Verwaltung (Aufwendungssatz- und Gebührensatzung, Abrechnung von Einsätzen, Bescheide und Widersprüche) Haushaltsführung	Entwicklung der Fallzahlen seit Stellenschaffung: Gebührenbescheide: 2020, 2021: je 540 Einsätze: 2020, 2021: je 2.600 Annahme- und Ausschaltungsanordnungen: 2020: 2.244, 2021: 2.300 Bedarfsmeldungen: 2020: 500, 2021: 530 Beschaffungen: 2020: 85, 2021: 100 0,60 VZÄ sind unabhängig von diesem Antrag vorhanden -> Bedarf von weiteren 1,0 VZÄ wurde nachgewiesen	-keine zeitnahe Bescheiderstellung-> Gefährdung rechtzeitigen Einnahme der Gebühren aus Feuerwehreinsätzen -keine fristgerechte Begleichung von Rechnungen -Haushaltsführung eingeschränkt -Gefahr einer Verjährung und nicht wirtschaftlichen Haushaltsführung vorhanden -keine zeitnahe Durchführung des Anhörungsverfahrens		Wachstum
93	KW-Wegfall	III	Amt für Brand- und Katastrophenschutz	Sachgebiet 37/3 - Verwaltung, Zivil- und Katastrophenschutz, Untere Rettungsbehörde Funktion Sachbearbeitung Personalverwaltung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 37158 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit EG 8 Kosten (Antrag) in € 57250 Kosten (Orga) in € 57250 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Zeiterfassung Personalverwaltung Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr (Dienstreisenanträge, Datenbank MP-Feuer, Dienstunfälle, Lehrgangswesen)	Entwicklung Fallzahlen seit Stellenschaffung: Urlaub/Mehrarbeit/Dienstreise/Krankmeldung/Störung/Termine/Führerscheinkontrolle 2020: 750/ 1216/ 56/ 790/ 13.144/ 47/ 267/ 240 2021: 790/ 952/ 176/ 720/ 13.986/ 53/ 316/ 280 Zeiterfassung ca. 60% der Arbeitszeit (Korrektur von Zeiten, Anpassung an das Schichtmodell) Personalverwaltung Berufsfeuerwehr und Betriebsarzttermine, Führerscheineüberprüfung, Auszahlungen von Überstunden Personalverwaltung Freiwillige Feuerwehr mit Untersuchungen und Arztterminen, Atemschutzgeräteträger-Lehrgang 0,65 VZÄ sind unabhängig von diesem Antrag vorhanden -> Bedarf von einer weiteren 1,0 VZÄ wurde nachgewiesen	-keine ordnungsgemäße Abwicklung der Zeiterfassung -keine Überwachung der Feuerwehreinstandigkeit -bei Nichteinhaltung Fristen: Mitarbeiter nicht mehr im Einsatzdienst einsetzbar -> Gefährdung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Ingolstadt -Lehrgangsanmeldungen eingeschränkt -Aktualisierung der Datenbank MP-Feuer stark beeinträchtigt -Kontrolle der Führerscheine stark beeinträchtigt		Wachstum
110	KW-Wegfall	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Flüchtlings- und Integrationsberatung (FiB) Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50103 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit S12 Kosten (Antrag) in € 71300 Kosten (Orga) in € 71300 Einnahmen lt. Antrag 48195 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Flüchtlings- und Integrationsberatung, gem. BIR (Beratungs- und Integrations-Richtlinie v. 29.09.2020); Beratung von Neuzugewanderten, dauerhaft bleibeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund, Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und seit längerem in Dt. lebende Menschen mit Migrationshintergrund	Verstetigung der Aufgabe; weiterhin hat Ingolstadt einen hohen Zuzug von Neuzugewanderten (lt. Amt für Statistik ca. 5000 bis 6000 Personen mit Migrationshintergrund pro Jahr); gem. BIR erfolgt die Beratung und Integration im Rahmen eines "kommunalen Integrationsmanagements" (strategische/politische Zielsetzung); Beratung erfolgt zu allen sozialen Problemstellungen, wie Bildung, Arbeit, Gesundheit und Integration in die Stadtgesellschaft. Das StMI (Staatsministerium weist den Kommunen und Wohnfahrtsverbänden die dafür benötigten Stellen zu und die Kommune erhält eine Förderung (insgesamt 1,8 VZÄ gem. Bescheid vom 01.01.2021 bis 31.12.2023).	kein kommunales Integrationsmanagement möglich; durch fehlende Beratung und Hilfestellung bei Antragstellungen kommt es zu individuellen Folgeproblemen und schließlich zu höheren Kosten, Verlust der staatlichen Förderung.		Asyl
111	KW-Wegfall	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Flüchtlings- und Integrationsberatung (FiB) Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50104 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit S12 Kosten (Antrag) in € 71300 Kosten (Orga) in € 71300 Einnahmen lt. Antrag 38556 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Flüchtlings- und Integrationsberatung, gem. BIR (Beratungs- und Integrations-Richtlinie v. 29.09.2020); Beratung von Neuzugewanderten, dauerhaft bleibeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund, Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und seit längerem in Dt. lebende Menschen mit Migrationshintergrund	Verstetigung der Aufgabe; weiterhin hat Ingolstadt einen hohen Zuzug von Neuzugewanderten (lt. Amt für Statistik ca. 5000 bis 6000 Personen mit Migrationshintergrund pro Jahr); gem. BIR erfolgt die Beratung und Integration im Rahmen eines "kommunalen Integrationsmanagements" (strategische/politische Zielsetzung); Beratung erfolgt zu allen sozialen Problemstellungen, wie Bildung, Arbeit, Gesundheit und Integration in die Stadtgesellschaft. Das StMI (Staatsministerium weist den Kommunen und Wohnfahrtsverbänden die dafür benötigten Stellen zu und die Kommune erhält eine Förderung (insgesamt 1,8 VZÄ gem. Bescheid vom 01.01.2021 bis 31.12.2023).	kein kommunales Integrationsmanagement möglich; durch fehlende gezielte (Sozial-)Beratung und Hilfestellung bei Antragstellungen kommt es zu individuellen Folgeproblemen und schließlich zu höheren Kosten, Verlust der staatlichen Förderung.		Asyl
117	KW-Wegfall	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 51/11 UVG Vaterschafts- und Unterhaltsangelegenheiten - Beistandschaft Funktion Sachbearbeiter/in Beistandschaft Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 51280 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2023 KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit A10/EG9b Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 36325 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Aufgaben der Beistandschaft: Beratungen und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts sowie Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz, Antrag auf Beistandschaften, Beurkundungen, Sorgeregister, Grund für Schaffung der KW-Stelle per 07/2020 schwerpunktmäßig zur Unterstützung bei der Abarbeitung von hohen aufgelaufenen Rückständen (unbearbeitete Wiedervorlagen) seit 2019 und Rückführung von Überlastungsanzeigen (seit 2017) in der Beistandschaft.	1. Entwicklung der Fallzahlen: Anstieg der Fallzahlen in der Beistandschaft (gem. aktueller Personalberechnung PeB 02/2022) 2. Sonstige Gründe: Abarbeitung von hohen aufgelaufenen Rückständen in der Beistandschaft, sowie 2 Überlastungsanzeigen aus dem Team seit 2017; bei der Rückstandsabarbeitung handelt es sich um sehr komplexe Fälle in der Fallbearbeitung; eine aktuelle Personalbedarfsberechnung Beistandschaft zeigt auf, dass der Personalbedarf weiterhin gegeben ist; ferner konnte die geplante Einführung der e-Akte noch nicht umgesetzt werden; sie ist für das laufende Geschäftsjahr 2022 geplant; Sonderfaktoren führen zu einer Verzögerung in der Rückstandsabarbeitung	Rückstände (bei unbearbeiteten Wiedervorlagen; Bereinigung der Konten) konnten noch nicht vollständig abgebaut werden; bei Wegfall der Stelle drohen erneut UL-Anzeigen und weiterer Aufbau von Rückständen; mit der Verlängerung um 1 Jahr kann der Bereich der Beistandschaften stabilisiert werden.	KW-Wegfall (aufgrund nachgewiesener dauerhaften Bedarf)	Kinder und Jugend
118	KW-Wegfall	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 51/12 Wirtschaftliche Jugendhilfe Funktion Sachbearbeiter/in Jugendhilfe Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 51273 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit A10/EG9b Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Aufgaben in der wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH): Bearbeitung von teilstationären/stationären Hilfen (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung)	Grund für KW erfolgte aufgrund der ungewisser Entwicklung im Bereich UMA (Unbegleitete Minderjährige Ausländer) und Jugendhilfebedarf bei Asylbewerbern. 1. Entwicklung der Fallzahlen: die Fallzahlensteigerung der Jugendhilfe im ASD führt automatisch zu steigenden Fallzahlen in der Sachbearbeitung der Leistungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH) 2. Sonstige Gründe: Abarbeitung der Rückstände und Umsetzung der BTHG ist weitestgehend umgesetzt bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen in der Sachbearbeitung (gem. aktueller Personalbedarfsbemessung 02/2022); Aufgaben weitestgehend unverändert (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung, etc.); Verschiebung nur innerhalb des Personenkreises; Anteil an UMA ist seit Stellenschaffung deutlich gesunken (0,5 VZÄ) und Anteil an Nicht-UMA-Fällen gestiegen (1,5 VZÄ); Insgesamt werden die Stellen in der WJH nach wie vor im Umfang von je 1,0 VZÄ benötigt (Bedarf gem. PeB bestätigt); lt. Amt hat sich der Bedarf vermindert.	gem. aktueller Personalbedarfsberechnung ist weiterhin eine Personalbedarf im Umfang von 1,0 VZÄ begründet. Ein Wegfall der KW-Stelle würde zu einem Mehrbedarf in gleicher Höhe führen und zu einer Mehrbelastung der restlichen Kolleginnen führen; Aufgaben könnten nicht mehr oder nur zeitverzögert erledigt werden. Finanzielle Schäden für die Stadt Ingolstadt sind nicht auszuschließen		Kinder und Jugend

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
119	KW-Wegfall	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 53/12 Wirtschaftliche Jugendhilfe Funktion Sachbearbeiter/in Jugendhilfe Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 51274 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit A10/EG9b Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 36325 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Aufgaben in der wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiH): Bearbeitung von teilstationären/stationären Hilfen (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung)	Grund für KW erfolgte aufgrund der ungewisser Entwicklung im Bereich UMA (Unbegleitete Minderjährige Ausländer) und Jugendhilfebedarf bei Asylbewerbern. 1. Entwicklung der Fallzahlen: die Fallzahlensteigerung der Jugendhilfe im ASD führt automatisch zu steigenden Fallzahlen in der Sachbearbeitung der Leistungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiH) 2. Sonstige Gründe: Abarbeitung der Rückstände und Umsetzung der BTHG ist weitestgehend umgesetzt bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen in der Sachbearbeitung (gem. aktueller Personalbedarfsbemessung 02/2022); Aufgaben weitestgehend unverändert (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung, etc.); Verschiebung nur innerhalb des Personenkreises; Anteil an UMA ist seit Stellenschaffung deutlich gesunken (0,5 VZÄ) und Anteil an Nicht-UMA-Fällen gestiegen (1,5 VZÄ); Insgesamt werden die Stellen in der WiH nach wie vor im Umfang von je 1,0 VZÄ benötigt (Bedarf gem. PeB bestätigt); lt Amt hat sich der Bedarf bestätigt.	gem. aktueller Personalbedarfsberechnung ist weiterhin eine Personalbedarf im Umfang von 1,0 VZÄ begründet. Ein Wegfall der KW-Stelle würde zu einem Mehrbedarf in gleicher Höhe führen und zu einer Mehrbelastung der restlichen Kolleg/innen führen; Aufgaben könnten nicht mehr oder nur zeitverzögert erledigt werden. Finanzielle Schäden für die Stadt Ingolstadt sind nicht auszuschließen		Kinder und Jugend
127	KW-Wegfall	VII	Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation	Sachgebiet 62/2 - Verkehrsplanung Funktion technischer Sachbearbeiter/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 62046 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) unbefristet Wertigkeit EG10 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Fachliche Beurteilung im Hinblick auf die Themenbereiche der Verkehrsplanung- abwicklung, -lenkung, -führung und Verkehrssicherheit, Verbesserung der Verkehrssituation bei Einzelraumprojekten und -konzepten, Verkehrsgutachten und Verkehrsuntersuchungen, Verkehrszählungen und Verkehrsüberwachung, Sonderaufgaben	Die nachgewiesenen Jahresarbeitsstunden zur Aufgabenerfüllung liegen für diese Planstelle über der durchschnittlichen Arbeitnehmerjahresarbeitszeit.	Eintritt der Wiederüberlastung im Sachgebiet. Bauanträge können nicht fristgerecht bearbeitet werden und Gefahr, dass Genehmigungsaktion eintritt. Verkehrliche Entwicklung entsprechend den Wünschen der Bürger und den neuesten Erkenntnissen können nur bedingt fortgeschrieben werden. Verfügbare Kapazitäten und Leistungsreserven im Straßennetz können nicht im gewohnten Umfang ausgebaut werden. Verkehrsgutachten können nicht vollumfänglich geprüft werden. Grundsätzlich hat die Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit einen hohen gemeinwohlorientierten Nutzen. Die Absenkung des Leistungs- und/oder Qualitätsniveaus kann zu Fristversäumnissen, Fehleinschätzungen und vermehrten Bürgerbeschwerden führen. Ein wirtschaftlicher Schaden aufgrund negativen Folgen für die Stadt- und Verkehrsentwicklung erscheint möglich.		Infrastruktur und Bauen
				Umfang (Antrag) 7 Umfang (Orga) 7 Kosten (Antrag) in € 478100 Kosten (Orga) in € 478100					